

## „Balance zwischen Freiheit und Sicherheit“ – Zur Geschichte, Gegenwart und Zukunft der amerikanischen Geheimdienste und ihrer Überprüfung durch den Kongress.

EINE PANEL-DISKUSSION MIT EHEMALIGEN MITGLIEDERN UND MITARBEITERN DES CHURCH KOMITEE DES SENATS – UNTER IHNEN DER EHEMALIGE U.S.-VIZEPRAESIDENT WALTER MONDALE.

**24.09.2013 - Die Enthüllungen über das Ausmaß der Online-Überwachung durch U.S.-amerikanische Geheimdienste haben nicht nur in Europa Empörung hervorgerufen. Auch in den USA ist eine hitzige Debatte über das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit entbrannt. Das „Center on National Security and the Law“ der Georgetown Law-School hat vor diesem Hintergrund Gründungsmitglieder des „Church-Committee“ des U.S.-Senats eingeladen – des ersten Ausschusses überhaupt, der sich mit der Aufarbeitung geheimdienstlicher Exzesse befasste. Sie diskutierten über den Zustand der von ihnen mitgerichteten „Checks and Balances“ zwischen Sicherheitsdiensten und dem Kongress.**

Der nach seinem ersten Vorsitzenden Frank Church benannte Sonderausschuss des U.S.-Senats befasste sich von 1975 bis 76 mit verfassungsrechtlich fragwürdigen Aktivitäten der amerikanischen Geheimdienste. Die 14-bändigen Ermittlungsergebnisse des Ausschusses trugen erheblich zur Schaffung des heutigen parlamentarischen Kontrollverfahrens gegenüber den Sicherheitsdiensten in den Vereinigten Staaten bei. Sie waren eine der Grundlagen des 1978 verabschiedeten „Foreign Intelligence Surveillance Act“ (FISA), der bis heute gültigen Rahmengesetzgebung im Bereich Kommunikationsüberwachung.

Das Diskussionspanel war hochkarätig besetzt. Aus den Reihen der Ausschussmitglieder waren der ehemalige Vizepräsident

der Vereinigten Staaten Walter Mondale und Senator Gary Hart vertreten. Hinzu traten der damalige Stabsleiter des Ausschusses, Botschafter William Miller, sowie Dr. Loch K. Johnson, ehemals persönlicher Assistent Frank Churchs. Nach einem Grußwort des amtierenden Senators Patrick Leahy übernahm Professor Laura Donohue, Direktorin des „Center on National Security and the Law“, die Moderation.

Die Teilnehmer gaben zunächst nacheinander eine persönliche Einschätzung der aktuellen Missstände ab, bevor sie sich in einer offenen Diskussion möglichen Lösungsvorschlägen zuwandten. Die Beiträge befassten sich dabei mit vier Themen.

### Die „institutionelle Evolution“ der Geheimdienste

Viel Beachtung fand zunächst die historische Entstehung des ausschweifenden, komplexen und – naturgemäß – intransparenten Netzwerkes der US-Nachrichtendienste.

Für Senator Hart waren insbesondere zwei Einschnitte maßgebend für diese „institutionelle Evolution“: Erstens der ausschweifende Missbrauch der Dienste durch die Regierung Nixon in den frühen 70er Jahren, welche letztlich zur Gründung des „Church-Committee“ führte; und zweitens die Ablösung der Sowjetunion als bekannte und berechenbare Bedrohung durch die komplexe und unvorhersehbare Gefahr des Terrorismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Während allerdings, so Hart, den Exzessen der Nixon-Regierung durch die offensive Aufklärung innerhalb des Senats und an-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

MAX E. MANNWEILER

September 2013

[www.kas.de/usa](http://www.kas.de/usa)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.uspolitik.info](http://www.uspolitik.info)

schließende Gesetzesinitiativen wie FISA Einhaltung geboten worden sei, mangle es aktuell noch immer an einer Antwort auf die vielfach unkontrollierte Expansion geheimdienstlicher Aktivitäten in den USA nach 9/11.

#### **Der FISA Court: 99 Prozent Genehmigungen zur Überwachung**

Doch wie konnte diese Expansion ohne größere Kritik stattfinden? Alle Teilnehmer beantworteten diese Frage mit dem immer offensichtlicher werdenden Scheitern der gerichtlichen Beaufsichtigung dieser Aktivitäten.

Besondere Einigkeit bestand in der Feststellung, dass das massenhafte Ausstellen von Überwachungserlaubnissen durch ein Geheimgericht hoch problematisch sei. Der sogenannte „FISA-Court“ ist für die Freigabe von Abhöreinsätzen und Online-Überwachung verantwortlich. Er ist mit nicht genannten Bundesrichtern besetzt und tagt unter ständigem Ausschluss der Öffentlichkeit.

Die „Natur des Gerichts“, so Vizepräsident Mondale, habe sich der Revolution unserer Kommunikationsmöglichkeiten nicht angepasst. Der „FISA-Court“ ermächtigt Behörden nun regelmäßig, Pakete von mehreren tausend E-Mails auf einmal abzufangen und auf Schlüsselworte hin zu untersuchen. Senator Hart erwähnte die Zahl von 99+ Prozent Entscheidungen zugunsten der Geheimdienste.

Insgesamt stimmen daher alle Sprecher darin überein, dass die aktuelle Verfahrensweise des Gerichtes vor dem Anspruch der Gewaltenteilung mehr als zweifelhaft und eine umfassende Reform hoch notwendig sei.

Ein möglicher Lösungsvorschlag geht dabei von Senator Hart aus: Die Einführung einer echt-kontradiktorischen Prozessführung, in der ein Anwalt die Interessen des Verdächtigten wahrnimmt. Bisher reiche die entsprechende Behörde lediglich eine große Zahl an Anträgen beim Gericht ein, welches dann ohne Gegenargumentation urteile – mit erwähnter Entscheidungsquote.

#### **Fehlendes Bewusstsein für Verantwortung und Kontrolle**

Eine solche Reformbemühung, so Botschafter Miller, bedürfe aber sowohl einer breiten Unterstützung im Kongress als auch einem Gefühl der Dringlichkeit in der Bevölkerung.

Vor allem letzteres sieht er jedoch aktuell nicht gegeben. In der amerikanischen Öffentlichkeit stoße man viel zu oft auf die ausweichende Floskel „Aber wer nichts zu verbergen hat...“. Das Bewusstsein, dass neben der eigenen Wohnung auch die eigenen Daten und Kommunikation schützenswert seien, sei mehr als schwach entwickelt.

Dem fügt Dr. Johnson hinzu, dass auch im Kongress ein Bewusstsein für die eigene Aufsichtspflicht gegenüber den Geheimdiensten fehle. Ging die Initiative zur Einrichtung des „Church Committee“ 1975 noch von der starken Empörung und dem aktiven Betreiben der Senatoren selbst aus, so scheinen viele heutige Abgeordnete in einer passiven Rolle gefangen. Oft, so Johnson, würden Berichte über Geheimdienstaktivitäten schlichtweg „durchgenickt“, kritische Fragen seien eine Seltenheit geworden.

#### **Die Wiederherstellung der Balance**

Dabei könne letztlich nur eine volle Kontrolle der Geheimdienste und eine umfassende Aufklärung aller bisheriger Methoden und Verstöße das Vertrauen der amerikanischen Bevölkerung in ihre Regierung wiederherstellen.

Wie 1975 dürfe diese Aufklärung nicht allein von Journalisten und „Whistleblowern“ geleistet werden, sondern muss, so Mondale, ihre volle Größe in parlamentarischen Gremien und Ausschüssen finden. Nur dort könne die Öffentlichkeit überzeugt werden, dass das uramerikanische System der „Checks and Balances“ auch heutzutage mehr als eine Floskel der Verfassung sei.

Auf die Frage, wie eine solche Größe in einem politisch gespaltenen Kongress erwachsen soll, wissen jedoch auch die Paneelisten keine endgültige Antwort.